

Änderungsantrag Nr.

TE103

Beantragt von

Alexander Jentz

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

individueller und gesellschaftlicher Bildungserfolg

Schlagworte Contra

sozialer Unfrieden und steigende Sozialkosten

Beantragte Änderungen

Die bildungspolitischen Ziele der Piratenpartei sollen durch die Erwägung, dass institutionelle Bildung den Menschen nicht in seiner persönlichen Entfaltungsfreiheit einschränken soll, ergänzt werden.

Dazu soll im Abs. „Bildung als individueller Prozess“ des Parteiprogramms als 3. Satz „Dabei soll er in seiner persönlichen Entfaltungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.“ eingefügt werden.

Aktueller Abs.:

Bildung als individueller Prozess

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Neben starren Lehr- und Stundenplänen, werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. bei den sogenannten Kopfnoten lehnen wir ab. Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

Neuer Abs.:

Bildung als individueller Prozess

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. **Dabei soll er in seiner persönlichen Entfaltungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.** Neben starren Lehr- und Stundenplänen, werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. bei den sogenannten Kopfnoten lehnen wir ab. Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

Begründung

Neben anderen Einflüssen bedingte die zur Mitte der 1970er-Jahre beginnende, bereits Ende der 1970er-Jahre als permanent akzeptierte Massenarbeitslosigkeit die überwiegende Akzeptanz der Verschärfung der libertären Schulusancen, die die Schüler sich zu Beginn der 1970er-Jahre im Zuge des Zurwehrsetzens gegen die Prügelstrafe erkämpft hatten. Die Akzeptanz dieser Verschärfungen wird seit Beginn der 1980er-Jahre (<http://www.freie-schule-frankfurt.de/pages/index.php>) begleitet von deren zunächst nur sehr punktueller, zunächst nur sehr allmählich ansteigender Ablehnung, die seit Mitte der 1990er-Jahre flächendeckend und in signifikantem Steigen begriffen ist.

Dieser Ablehnung belegend wird die bis heute in stetem Steigen begriffene Verschärfung der Schulusancen, deren Akzeptanz sich ebenfalls seit Mitte der 1990er-Jahre ganz überwiegend zu einem bloßen Ertragen gewandelt hat, bewerkstelligt durch die bereits zu Beginn der 1980er-Jahre begonnene Instrumentalisierung des Bildungsauftrags zur Erfüllung des Erziehungsauftrags.

So begann damals das, dessen Auswirkungen durch den ersten PISA-Test 2000 der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden sind, die sich aber für Insider bereits seit Ende der 1980er-Jahre abzeichnen aufgrund der nie öffentlich bekannt gewordenen PISA-Vorläufer.

Im Rückgriff auf den redaktionellen Verfassungsentwurf des Parlamentarischen Rats beschrieb das Bundesverfassungsgericht 1957 in dem bis heute maßgeblichen „Elfes-Urteil“ das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2, Abs. 1, GG

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“

als „das Recht, innerhalb der Gesetze zu tun und zu lassen was man will“, aber bezog mit seiner weiteren Erläuterung, „dass dem einzelnen Bürger eine Sphäre privater Lebensgestaltung verfassungskräftig vorbehalten ist, also ein letzter unantastbarer Bereich menschlicher Freiheit besteht, der der Einwirkung der gesamten öffentlichen Gewalt entzogen ist“, neben der Handlungsfreiheit auch die dazu nötige Individualität des Grundrechtsträgers in den Schutzbereich des Art. 2, Abs. 1, GG ein.

Später hat das Bundesverfassungsgericht diesen letzten unantastbaren Bereich menschlicher Freiheit als „intimes mit sich selbst alleine sein“ bezeichnet.

Darauf setzt eine 1990 erschienene Dissertation über Abwehransprüche der Schüler nach Art. 2, Abs. 1, GG auf (<http://www.vwb-verlag.com/Katalog/n053.html>). Bereits dort wird nachgewiesen, dass die allgemeinen Schulusancen der End-1980er-Jahre, die im

Wesentlichen bis heute aufrechterhalten und verschärft werden, prädisponierend auf die spätere hirnpfysiologische Tätigkeitsverteilung wirken, und dass sich diese Prädisposition später als Mangel an Initiative und Kreativität darstellt. Und bereits dort wird nachgewiesen, dass diese Prädisposition des späteren „intimen mit sich selbst alleine seins“ eine später dauernd wirkende Einschränkung der Handlungsfähigkeit bedingt.

Die äußere Grenze dieses „intimen mit sich selbst alleine seins“ definiert das Bundesverfassungsgericht mit der Aufnahme sozialer Kontakte derart, dass diese bereits durch das „intime Beieinandersein“ durchbrochen ist.

Dem gegenüber durchbricht beispielsweise das Lesen eines Buchs nicht die Grenze des „intimen mit sich selbst alleine seins“. Und so wird man in einer menschenleeren Bibliothek durchaus „intim mit sich selbst alleine sein“, wenn man dort gedankenversunken über die Buchtitel liest und dann ein Buch wählt oder es lässt.

Diese bisher nur für Besitzer von Privatbibliotheken denkbare Situation des „intimen mit sich selbst alleine seins“ in einer menschenleeren Bibliothek ist mit dem Beginn der IT-Revolution Mitte der 1990er-Jahre immer mehr Menschen möglich geworden, so dass deren „intimes mit sich selbst alleine sein“ an Inhalt und Umfang zugenommen hat. Mittlerweile sind die IT-basierenden sozialen Kontaktmöglichkeiten hinzugekommen zur Normalität des IT-basierenden erweiterten „intimen mit sich selbst alleine seins“ in einer menschenleeren Bibliothek, aus der heraus man jederzeit sofort mit Initiative und Kreativität wieder soziale Kontakte aufnehmen kann. So wird durch die allgemeinen Schulusancen der End-1980er-Jahre, die im Wesentlichen bis heute aufrechterhalten und verschärft werden, und die mangelnde Initiative und Kreativität prädisponierend auf die spätere hirnpfysiologische Tätigkeitsverteilung wirken, die Normalität des späteren erweiterten „intimen mit sich selbst alleine seins“ und die daraus folgende erweiterte Handlungsfähigkeit wesentlich weiter eingeschränkt als Ende der 1980er-Jahre.

Auch bei Kindern und Jugendlichen ist das IT-basierende erweiterte „intime mit sich selbst alleine sein“ teilweise bis hinab ins Grundschulalter Normalität geworden, so dass die dieses sehr stark einschränkenden allgemeinen Schulusancen heute in der Mittelstufe beginnend eine immer bewusster werdendere Entscheidung der Schüler zwischen Auflehnen oder Ertragen provozieren.

Diese Entscheidung ist, egal ob bewusst oder unbewusst getroffen, eine Entscheidung zwischen Grundrechtsinanspruchnahme und Grundrechtsverzicht, und die zutage tretende Botschaft „Integrität durch Grundrechtsverzicht“ wird bewusst oder unbewusst erkannt.

Und sie wird von immer mehr Schülern zugunsten der Grundrechtsinanspruchnahme getroffen und somit gegen die Integrität. Tatsächlich umfasst diese Gruppe sowohl die Schüler, die sich den bildungsgangbedingten, in der Dissertation beschriebenen

rechtswidrigen Grundrechtseinschränkungen entziehen, als auch die, die sich den erziehungsbedingten, rechtmäßigen Grundrechtseinschränkungen entziehen, aber mittlerweile steht auch die Rechtmäßigkeit dieser Grundrechtseinschränkungen auf dem Prüfstand.

Dagegen wird zusätzlich zu den bisherigen, seit Anfang der 1980er-Jahre in zunächst sehr flacher und seit Mitte der 1990er-Jahre immer steiler werdender steter Zunahme begriffenen Ordnungswidrigkeits- und Sorgerechtsverfahren seit der 2008 erfolgten Aufnahme der Schulpflicht ins BGB mit einer diesbezüglichen Neuinterpretation des § 171 StGB auch strafrechtlich vorgegangen mit einer steilen Rückwirkung auf die Zahl der Sorgerechtsverfahren, ohne dass sich bisher Auswirkungen gezeigt haben.

Aber auch am anderen Ende der Scala wirkt die bewusst oder unbewusst getroffene Entscheidung zum Grundrechtsverzicht innerhalb des „letzten unantastbaren Bereichs menschlicher Freiheit, der der Einwirkung der gesamten öffentlichen Gewalt entzogen ist“. So wie trotz fallenden Schülerzahlen die Anzahl der Schulverweigerer steigt, fällt trotz steigender Abiturienten- und Studierendenzahlen und bei steigenden Graduierungs-, Diplom- und Dissertationszahlen die Anzahl der Habilitationen. In Deutschland ist die Anzahl der Nachweise der Befähigung zur Erschliessung neuer Wissensgebiete,- eine Tätigkeit, die per Definition nahezu ausschliesslich beim „intimen mit sich selbst alleine sein“ erfolgt-, seit 1992 um 28% gesunken.

Insgesamt ist eine Entwicklung hin zu einer großen, aber auch aus anderen als den hier erwähnten Gründen kleiner werdenden Gruppe der integren Grundrechtsverzichter in vollem Gang, deren fortschrittliche Eigendynamik dem Vergleich mit der der Vorgängergeneration nicht standhält und absehbar zum Erliegen kommt, und die begleitet ist von einer kleinen, aber auch aus anderen als den hier erwähnten Gründen größer werdenden Gruppe der Grundrechtsinanspruchnehmer, die von den Grundrechtsverzichtern sozialversorgt werden muss und trotzdem eine größer werdende Aversion gegen diese hegt, weil durch deren Grundrechtsverzicht die gelebte Verfassungsmäßigkeit von der geschriebenen Verfassungsmäßigkeit so weit entkoppelt worden ist, dass sie in die Lage gekommen sind in der sie sich befindet.

Diesem, durch die als Reaktion auf die Freiheiten, die sich die Schüler in den 1970er-Jahren im Zuge des Zurwehrsetzens gegen die Prügelstrafe erkämpften, mit den 1980er-Jahren einsetzenden Verschärfungen der Schulusancen begonnenen, zuerst von Gerhard Huhn untersuchten und bereits in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre auch mit den PISA-Vorläufern klar abzeichnenden Trend setzte die Laborschule Bielefeld in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre den Versuch entgegen, Schule durch die von Beschränkungen befreiende Integration neuer Technologien effektiver zu machen.

Der Versuch scheiterte weil die erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre verfügbar werdenden multimedialen Technologien noch nicht vorhanden waren.

Bis Anfang der 2000er-Jahre lagen Untersuchungen vor, nach denen pädagogikbefrachtete Software nicht selbstständig angenommen wird, wenn eine unbefrachtete Alternative greifbar ist, und so wurde die maßgebliche Integration der IT-Technologie in die Schule aufgegeben. Stattdessen wird sie benutzt, um unzuträglichen Begleiterscheinungen wie beispielsweise dem steten Schwererwerden der Schultaschen dadurch entgegen zu wirken, dass diese durch den Laptop ersetzt werden.

Auch auf dem Versuch der Laborschule Bielefeld beruhende, erkannte Schwierigkeiten berücksichtigende Weiterentwicklungen wie beispielsweise das internetbasierende dezentrale Schulsystem, das Mitte des laufenden Jahrzehnts für Bayern entwickelt wurde, werden nicht umgesetzt zugunsten des laptop-statt-Schultasche-Trends.

Die hier beschriebene Entwicklung der letzten 30 Jahre wird von der Pädagogik ganz überwiegend nur insoweit bestritten, als dass sie sich nicht in der aggressiven Rolle sieht, die ihr durch die Hirnphysiologie nachgewiesen wurde, sondern in der defensiven Rolle der Verteidigerin des status quo. Spätestens seit dem Steinhäuser-Schulmassaker von 2001 sieht sich die deutsche Pädagogik in ihrer Rollendefinition bestärkt und gefordert, und Nachweise rechtswidriger Grundrechtseinschränkungen, wie der erstmals durch Gerhard Huhn erfolgende, werden allenfalls als Hinderung an der Menschenformung verstanden.

So geht die Entwicklung trotz der klar nachgewiesenen Tendenz zu immer schlechter werdenden Ergebnissen des individuellen und gesellschaftlichen Bildungserfolgs hin zu immer invasiveren Schulformen wie beispielsweise dem baden-württembergischen Bildungshaus, in dem das zwischen Schule und Schüler, bzw. den diesen vertretenden Eltern, bestehende Rechtsverhältnis auf ein reines Petitionsverhältnis reduziert wird.

Wie weit sich institutionelle Bildung heute bereits von der Unterstützung der persönlichen Entfaltung entfernt hat wird deutlich, wenn man die allgemeinen Schulusancen mit den Kriterien misst, mit denen sie beim EUGhMn verteidigt werden

(<http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht1.tif>,
<http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht2.tif>,
<http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht3.tif>,
<http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht4.tif>).

In den 10 Jahren seit dem PISA-Schock ist die zu Beginn der 1980er-Jahre begonnene Instrumentalisierung des Bildungsauftrags zur Erfüllung des Erziehungsauftrags nicht nur weiter betrieben, sondern auch flankiert worden.

Zusammen mit der Aufnahme der Schulpflicht ins BGB im Sommer 2008 sind die Grundlagen einer de facto-KiTa-Pflicht ab dem 3. Geburtstag gelegt worden, die bis zum 1. Geburtstag hinab disponibel ist, die Verschulung akademischer Bildung ist in vollem Gang und die dazu adäquate Entmündigung arbeitsloser Unter-25-Jähriger ist mit der SGB 2-Novelle vom Sommer 2007 bereits vollzogen.

Die vor 30 Jahren begonnene und seit 20 Jahren forcierte Instrumentalisierung des Bildungsauftrags der institutionellen Bildungseinrichtungen zugunsten deren Erziehungsauftrags, die eine lebenslang wirkende rechtswidrige Einschränkung des in Art. 2, Abs. 1, GG verbrieften Rechts der freien Entfaltung der Persönlichkeit bedingt, ist ein strukturelles Problem.

Deshalb wird es nicht durch Länder- oder diesen nachgeordnete Exekutiv-Bildungsprogramme lösbar sein.

Beispielsweise scheint das NRW-Bildungsprogramm durchaus geeignet zur Zurückdrängung der hier erläuterten fortschreitenden Tendenz, aber bereits auf Länderebene ist es beispielsweise ausweislich der teilweise die Unbrauchbarkeitsgrenze überschreitenden Zustände der Schulgebäude, stundenlangen Anfahrtswege der Schüler und „nullter“ Unterrichtsstunde längst Usus geworden, Schüler als reine Manövriermasse anzusehen, so dass fest damit zu rechnen ist, dass auch solche Programme innerhalb dieser Usancen umgesetzt werden und derart das Problem verschärfen und vergrößern.

Entsprechend ist die hier angestrebte grundsätzliche Richtungsentscheidung auf Bundesebene nötig, bevor Weiteres folgen kann.